

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 27.11.2013

Lfd. Nr. : 6.2

über

Drs. Nr. : 0684/XIX

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Dringlichkeit

nachrichtlich den

schriftlich

Fraktionen der SPD, CDU, Grünen,  
Die Linke und Piraten

Konsensliste

## **Beantwortung der Großen Anfrage**

### **Betrieb der Flüchtlingsunterkunft in der Späthstraße**

1. Welche Erfahrungen hat das Bezirksamt mit Einrichtungen für die Unterbringung von bedürftigen Menschen gemacht die von PeWoBe betrieben werden?
2. Ist das Bezirksamt tätig geworden, um die Ausschreibung nicht an die PeWoBe vergeben zu müssen und wenn ja wie?
3. Was wird das Bezirksamt unternehmen damit es in der Flüchtlingsunterkunft in der Späthstraße nicht zu Zuständen kommt wie in der von der PeWoBe betriebenen Obdachlosenunterkunft?

Sehr geehrter Herr Vorsteher / sehr geehrte Frau Vorsteherin,

sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Frau Helm,

für das Bezirksamt beantworte ich die Große Anfrage der Fraktion der Piraten wie folgt:

**Zu 1.:** Die Erfahrungen der Abteilung Soziales des Bezirksamtes Neukölln beschränkten sich in der Anfangsphase des Betriebes einer Obdachlosenunterkunft in der Lahnstraße (Belegung seit Mai 2011) auf die allgemein erforderlichen Formalitäten wie Bedarfsanalyse, Preisgestaltung und Weitermeldung an das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo). Fachaufgaben nahmen das Gesundheitsamt, Abteilung Hygiene, und die Bau- und Wohnungsaufsicht wahr. Die Heimaufsicht sowie auch die zentrale Belegung lagen in der Zuständigkeit des LAGeSo.

Erst im Frühjahr 2012 übertrug das LAGeSo die Heimaufsicht zurück an das Bezirksamt. Wie sich herausstellte, wurde die Aufsicht bezüglich der Einhaltung der Mindeststandards bis dahin vom LAGeSo wegen personeller Engpässen nur unzureichend wahrgenommen. Nach unserer Einschätzung wurden vonseiten der Geschäftsführung der PeWoBe (Professionelle Wohn- und Betreuungsgesellschaft mbH) die ab Juli 2012 konsequent durchgeführten Kontrollen der Abteilung Soziales zunächst nicht mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und Kooperationsbereitschaft aufgenommen.

Zwar wurden von der Abteilung Soziales keine Rechtsverstöße festgestellt, allerdings musste das Bezirksamt – auch unter Einbeziehung der Abteilung Gesundheit - mehrmals intervenieren, um die Erfüllung von uns erlassener Auflagen zu bewirken. Ein Großteil der in der Lahnstraße entstandenen Schwierigkeiten war allerdings auch darauf zurückzuführen, dass eine gemeinsame Unterbringung von wohnungslosen Personen und Flüchtlingsfamilien zu vielfältigen Konflikten zwischen den Gruppen führte, weshalb das LAGeSo auf unsere dringende Bitte an diesem Standort trotz der bekannten Raumnot die Unterbringung von Flüchtlingen bis auf eine kleine Gruppe von aktuell 9 Personen beendet hat.

**Zu 2.:** Das Bezirksamt hat bei öffentlichen Ausschreibungen anderer Stellen keine Einflussmöglichkeiten. Zuständig für den Betrieb der Flüchtlingsunterkünfte und damit einhergehend auch für die Ausschreibung der geplanten Unterbringung in der Neuen Späthstraße ist allein das LAGeSo.

Für die Ausschreibung des Betriebes der Flüchtlingsunterkunft Neue Späthstraße gab es nach Angaben des LAGeSo neben der PeWoBe zwei weitere Bewerber, die jedoch nach eingehender Prüfung ihre Bewerbung nicht mehr aufrecht erhielten. Da die PeWoBe die erforderlichen Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt und auch bereits in anderen Einrichtungen Vertragspartnerin des LAGeSo ist, erhielt die Gesellschaft den Zuschlag. PeWoBe betreibt

diverse Flüchtlingsunterkünfte in mehreren Bezirken, u. a. auf dem Gelände des LAGeSo in der Turmstraße und in Marzahn-Hellersdorf.

**Zu 3.:** Wie bereits in der Beantwortung zu Frage 1 genannt, finden seit Juli 2012, nach Rückübertragung der Heimaufsicht an die Bezirke, konsequente Kontrollen meiner Abteilung z. B. für das Obdachlosenwohnheim in der Lahnstraße statt.

Meine sehr engagierte Mitarbeiterin prüft in regelmäßigen Abständen die Einhaltung der Hygiene- und Ausstattungsstandards in dieser und allen anderen Neuköllner Einrichtungen im Rahmen ihrer Begehungen. Die Situation für die Bewohner\*innen hat sich seitdem merklich verbessert.

Auf meine persönliche Anfrage beim LAGeSo hat mir die zuständige Leiterin der Abteilung II (Soziales) versichert, dass die Zusammenarbeit mit dem Betreiber z.B. in der neuen Unterkunft in Marzahn-Hellersdorf reibungslos funktioniert, und dort große Kooperationsbereitschaft zu verzeichnen ist, was gerade angesichts der schwierigen Verhältnisse im Umfeld dieser Einrichtung sehr geschätzt werde. Auch von Mitgliedern der BVV Marzahn-Hellersdorf wurde mir bestätigt, dass bisher keine negativen Erfahrungen mit Beschäftigten des Betreibers oder dem dort eingesetzten Sicherheitspersonal gemacht wurden.

Ich werde den intensiven persönlichen Kontakt mit dem LAGeSo bezüglich der Unterkunft fortzuführen, um auch auf diesem Wege Einfluss auf die Wohn- und Lebensbedingungen der Bewohner\*innen nehmen zu können. Unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten beabsichtige ich, dem LAGeSo die Unterstützung bei der Begehung der Flüchtlingsunterkunft durch meine erfahrene Mitarbeiterin anbieten, um die Einhaltung der Standards zu sichern.

Bernd Szczepanski  
Bezirksstadtrat

Es gilt das gesprochene Wort!